



Foto: Steffen Boness/lpon

„Die Wende zum Besseren ist geschafft“

Angesichts der verbesserten wirtschaftlichen Lage hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der traditionellen Pressekonferenz nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause eine positive Zwischenbilanz der ersten Monate nach der Regierungsübernahme gezogen.

Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Juli auf 4,3 Millionen und das Ansteigen der Erwerbstätigenzahl seien „hoffnungsvolle Signale“. Außerdem gebe es inzwischen weniger Insolvenzen und ein „vernünftiges Wachstum“. Diese Trendwende führte die Kanzlerin auf drei Gründe zurück: Neben günstigen Faktoren ▶

INHALT

Brandenburg/Berlin
Erinnerung wach halten!
Seite 4

Neue Mitglieder-
werbekampagne
„Farbe bekennen“
Seite 5–7

Annette Schavan
Exzellenz durch
Wettbewerb
Seite 8–9

► wie weltwirtschaftliche Impulse, Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen oder eine zurückhalten- de Lohnpolitik der Tarifpartner, „die mit der Politik gar nichts zu tun“ hätte, würden vor allem die Teile der Agenda 2010 zu wirken beginnen, die von der Union maßgeblich mitgestaltet wurden. Der dritte Grund für den Aufschwung sei die von der Union forcierte „Politik des Dreiklangs“ aus Sanieren, Investieren und Reformieren. Mit Blick auf die Haushaltssanierung habe die unionsgeführte Bundesregierung Fortschritte erzielt, auch wenn das strukturelle Defizit noch nicht vollkommen aufgelöst sei. Deshalb halte die Regierung an der Erhöhung der Mehrwertsteuer fest. In diesem Zusammenhang machte Angela Merkel deutlich, dass zum 1. Januar 2007 nicht nur die Mehrwertsteuer heraufgesetzt, sondern gleichzeitig die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Dennoch bleibe richtig, dass die Koalition den Menschen „eine Menge“ zumute. Dies sei jedoch nö-

tig, wenn Deutschland aus der „Spirale der Verschuldung“ herauskommen wolle. Die Bundesregierung werde jetzt die weiteren notwendigen Schritte einleiten, „damit wir in den nächsten zehn Jahren bei Beschäftigung, bei Innovation und beim Wachstum wieder zu den ersten Drei in Europa gehören“.

Reformvorhaben

Auch wenn „die Wende zum Besseren geschafft“ sei, müsse die Entwicklung verstetigt werden, mahnte die CDU-Vorsitzende. Konkret nannte sie eine fristgerechte Umsetzung der Gesundheitsreform zum 1. Januar 2007, eine Unternehmenssteuerreform, eine „Überarbeitung grundlegender Art von Hartz IV“ und einen wirksamen Bürokratienab- bau.

Zugleich wies sie darauf hin, dass die Regierung im gesellschaftspolitischen Bereich viele Vorhaben angepackt habe, wie das Elterngeld oder das Thema Inte-

gration. Angesichts der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen versicherte die CDU-Vorsitzende, dass die Große Koalition die „rotgrünen Friktionen“ überwunden habe. Nunmehr spiele Deutschland wieder eine wichtige Rolle und könne Einfluss auf die Entscheidungen nehmen. Die deutsche Außenpolitik sei nicht nur „klar auf Werte ausgerichtet“, sondern auf Partnerschaft und Geschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft angelegt.

Als Schwerpunkte der deutschen G-8-Präsidentschaft im nächsten Jahr nannte die Kanzlerin Fragen der Weltwirtschaft, der Kapitalmärkte, den Schutz des geistigen Eigentums und einen intensiven Dialog mit Afrika. Im Mittelpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 stehe die Weiterentwicklung des Binnenmarktes. Zudem falle das Jubiläum „50 Jahre Römische Verträge“ in die deutsche Präsidentschaft.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Berlin

Wowereit läuft sich für Linksbündnis im Bund warm

Erklärung zu den bundespolitischen Ambitionen des Regierenden Bürgermeisters Wowereit:

Klaus Wowereit hat sich zum zweiten Mal geoutet: Er will „rot-rote Erfahrung“ in den Bund einbringen. Damit ist es klar: Wowereit hat Berlin abgehakt und will in der Bundes-SPD mehr Einfluss gewinnen. Er läuft sich in Berlin mit der PDS für ein Linksbündnis im Bund unter seiner Führung warm. Was sich da innerhalb der SPD



Ronald Pofalla

zusammenbraut, ist gefährlich für unser Land. Jede gemeinsame Regierung von

PDS und SPD hat bislang gezeigt: Rot-Rot führt in die Krise – ob in Sachsen-Anhalt, in Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern. Die Bilanzen zeigen: Rot-Rot macht pleite, arbeitslos und arm!

Die Menschen in Berlin haben am 17. September die große Chance, die hochfliegenden Pläne ihres Regierenden Bürgermeisters zu stoppen.

Ronald Pofalla ist der Generalsekretär der CDU Deutschlands.

„KONZENTRIERE MICH GANZ AUF BERLIN“

Der Spitzenkandidat für die Wahl zum Berliner Abgeordneten-Haus, Friedbert Pflüger, will ganz in die Berliner Landespolitik wechseln.

„Ich habe mich entschlossen, in jedem Fall nach dem 17. September mein Abgeordnetenhaus-Mandat in Berlin anzunehmen und meine Ämter als Staatssekretär und Bundestags-Abgeordneter niederzulegen“, erklärte Pflüger in der Hauptstadt. Der Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung betonte, er

wolle Regierender Bürgermeister werden und glaube, gute Chancen zu haben, Rot-Rot abzulösen. Sollte der Wähler jedoch anders entscheiden, werde er Fraktionschef und damit Oppositionsführer im Berliner Parlament. Pflüger versicherte, er sei in „einem langen Prozess“ zu der Einsicht gelangt, dass die Aufgabe in Berlin den „ganzen Mann“ fordere. Deshalb stehe er für „100 Prozent Berlin“. Die Vor-



Friedbert Pflüger

sitzende der CDU Deutschlands, die er zuvor über seine Pläne informiert hatte, halte seine Entscheidung für richtig, so Pflüger.

Den Landesvorsitz soll der bisherige Amtsinhaber Ingo Schmitt behalten. Die Aufgabe im Abgeordnetenhaus bedeute eine solche Herausforderung, dass er es für klug halte, die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen, erklärte Pflüger.

Brandenburg/Berlin

Erinnerung wach halten!

Brandenburger und Berliner Unions-Politiker haben in einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung an der Glienicker Brücke der Opfer der Mauer gedacht.

45 Jahre nach Beginn des Mauerbaus warnten der Spitzenkandidat für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, Friedbert Pflüger, und der Brandenburger Landesvorsitzende Jörg Schönbohm vor einer Verharmlosung der Gräueltaten der SED-Diktatur. Schönbohm sagte, die Erinnerung an die Mauer müsse wach gehalten werden. Sie sei kein antifaschistischer Schutzwall gewesen, wie es die SED stets behauptet habe. Die Linkspartei nehme bis heute Täter in Schutz. Ihr Ehrenvorsitzender Hans Modrow sehe die Verantwortung für den Mauerbau beiderseits der Grenze. Die PDS stelle die Ideologie über die Freiheit. Nachdem auch Sozialdemokraten Opfer der Politik der SED geworden seien, müsse sich die SPD für ihre Bündnisse mit der Linkspartei schämen. Es sei ein Ausdruck der Beliebigkeit der SPD, dass sie unter anderem in Berlin gemeinsam mit der PDS regiere. Pflüger betonte, es gebe



Ezard Haußmann, Jörg Schönbohm, Sven Petke, Friedbert Pflüger, Frank Henkel, Ingo Schmitt (von links)

keine Opfer erster und zweiter Klasse. Die Opfer der Mauer seien zugleich Wegbereiter von Freiheit gewesen. Ohne ihren Einsatz und ohne den Mut derjenigen, die 1989 in der DDR auf die Straße gingen, wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Den Maueropfern müsse deshalb eine Ehrenpension zugestanden werden. Autor und Zeitzeuge Ezard Haußmann bezeichnete die Mauer als Verbrechen. Der Gedenktag sei zugleich Mahn- und Warn-tag. Er gedenke mit tiefem Schmerz an die Opfer und die Talente, die sich aufgrund des Mauerbaus nicht entfalten konnten. Der Generalsekretär der Branden-

burger CDU, Sven Petke, sagte, die Union werde es nicht zulassen, dass die Opfer von Mauer und Stacheldraht vergessen würden. Die 500 Teilnehmer der Unions-Gedenkveranstaltung in Potsdam seien auch ein Zeichen gegen den Versuch einer kleinen Minderheit, die Geschichte zu fälschen, so Petke.

Vor der brandenburgischen Landeszentrale der SED-Nachfolgepartei PDS bauten 20 Potsdamer JUMitglieder unter großem Medieninteresse ein symbolisches Stück der Berliner Mauer wieder auf und erinnerten mit Fotos und Lebensläufen an einige der oft sehr jungen Opfer.

Neue Mitgliederwerbekampagne

Farbe bekennen



Farbe bekennen.
Mitglied werden.



Leitfaden Mitgliederwerbung
Farbe bekennen.
Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **4019**
Preis je **25 Stück: 14,50 €**
inkl. MwSt.: 15,52 €

greifbare Nähe rückt: noch in diesem Jahr mitgliederstärkste Partei Deutschlands zu werden“, erklärt der Schirmherr der Kampagne, Generalsekretär Ronald Pofalla.

Die Chancen stehen gut, denn mit 563.790 Mitgliedern ist die CDU der SPD (572.009 Mitglie-

Es ist soweit: Unter dem Motto „Farbe bekennen“ ist die neue Mitgliederwerbekampagne der CDU Deutschlands gestartet.

Nach dem großen Erfolg der Kampagne 2003/2004, die den Saldo der Mitgliedschaften Anfang 2004 erstmals seit fünf Jahren ins Plus wachsen ließ, ist es nun wieder an der Zeit, aktiv zu werden. „Wir haben ein Ziel, das in

Farbe bekennen.
Mitglied werden.



Leporello
Farbe bekennen.
Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **5932**
Preis je **100 Stück: 16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,66 €

der) dicht auf den Fersen. Dennoch sollten wir uns nichts vormachen: an die Spitzenposition zu rücken, nur weil die anderen dramatisch schrumpfen, könne nicht das Ziel sein, so Pofalla.

Wir wollen wieder wachsen. „Neue Mitglieder bringen wichtige Impulse und neue Ideen“, betont Generalsekretär Ronald Pofalla. „Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder, denn sie machen uns in ihrer Vielfalt zur Volkspartei.“ Außerdem kann nur so die Basisarbeit geleistet, die Kampagnenfähigkeit erhalten und die fi-



Imagebroschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: **5076**
 Preis je **50 Stück: 18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €

nanzielle Grundlage der Parteiarbeit gesichert werden. Und auch Funktionen und Mandate müssen übernommen werden.

Was also haben wir vor? Viele Elemente der alten Kampagne haben wir beibehalten – das Botschaftermodell, die Schulungen vor Ort und den Wettbewerb zwischen den Verbänden. Sie haben sich bewährt und sol-

A screenshot of a web browser displaying the CDU website. The main heading is 'Das neue Mitgliedernetz'. Below it, there's a section titled 'Mitgliederwerbekampagne' with the sub-heading 'Farbe bekennen. Mitglied werden.' The text describes the campaign's goals and mentions the motto 'Farbe bekennen'. There are also links for 'Home', 'Nutzerprofil', 'Benutzerrechte', 'Newsletter', and 'Forum'.

Alle Materialien finden Sie auch zum Download unter www.cdunet.de

len jetzt neuen Schwung erhalten. Zusätzlich gibt es neue Elemente, beispielsweise die Verknüpfung der Kampagne mit der aktuellen Debatte zum Grundsatzprogramm.

Einen solchen Prozess aktiv mitgestalten zu können, kann bereits ein Anreiz sein, sich in unserer Partei zu engagieren. Schließlich ist jetzt die Gelegenheit da, den eigenen Vorstellungen Gehör zu verschaffen und die Leitlinien für die nächsten Jahre mitzuentwickeln.

Um all diese Ideen praktisch umsetzen zu können, hat die Bundesgeschäftsstelle ein umfangreiches Angebot an begleitenden Materialien bereitgestellt. Zentrales Kampagnenelement ist der Leitfaden mit dem Titel „Farbe bekennen. Mitglied werden“. Er enthält alle wichtigen Informationen zu der neuen Kampagne sowie Tipps und praktische Hinweise. Das neue Kampagnenmotiv gibt es selbstverständlich auch als Wandzeitung. Darüber hinaus haben wir für die

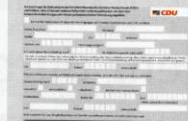


Aufnahmeantrag

Bestell-Nummer: **6719**
200 Stück kostenlos!

Werber unterstützendes Material zur Gesprächsführung zusammengestellt. Denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt: Erfolg verspricht vor allem die Ansprache möglicher Interessenten im persönlichen Umfeld. Damit die Werber der CDU – die Botschafter – gut vorbereitet in ein Gespräch mit einem möglichen Interessenten gehen können, wollen wir sie mit Argumentationshilfen unterstützen. Folgende Argumentationskarten finden Sie auf unserer Kampagnenseite im Mitgliedernetz unter www.cdunet.de: ■ Werbegespräch – Warum Mitglied werden? ■ Werbegespräch – so könnte es laufen. ■ „Einwände gegen eine Mitgliedschaft – und wie man sie entkräftet!“

Dass eine erfolgreiche Entwicklung der Mitgliederzahlen möglich ist, zeige ein Blick auf die Kreisverbände, unterstreicht Ronald Pofalla: „Mitgliederzuwachs oder Mitgliederschwund sind nicht allein das Resultat demographischer oder gesellschaftli-



Aufnahmeantrag Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**
200 Stück kostenlos!

cher Veränderungen. Sie sind ganz wesentlich auf die Aktivitäten der Verbände und den Einsatz der Mitglieder sowie der Funktions- und Mandatsträger vor Ort zurückzuführen.“

Also: Farbe bekennen, Mitglieder werben!



Wandzeitung für Ihre Werbekampagne DIN A2 quer

Preis je **10 Stück: 8,00 €**
 inkl. MwSt. und Versand

Bestellung richten Sie bitte per E-Mail an: bestellungen@ubg-medienzentrum.de
 oder per Fax an 02226-802333.

Die Abonnenten erhalten die Wandzeitung in Kürze per Post.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 CDU-Kundenbetreuung
 Telefax 0 52 41-8 09 41 65

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Nutzen Sie auch unseren E-Shop unter
www.cdunet.de

Annette Schavan

Exzellenz durch Wettbewerb

Die Reform der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland ist endlich beschlossene Sache. Sie war längst überfällig. Für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik schafft sie klare Verantwortlichkeiten und ermöglicht zum ersten Mal einen konstruktiven Dialog zwischen Bund und Ländern.

Bildung und Wissenschaft in Deutschland müssen sich an internationalen Maßstäben messen lassen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern stagniert bei uns der Anteil derjenigen, die einen tertiären Bildungsabschluss haben. Dem internationalen Bildungswettbewerb können wir nur begegnen, wenn wir auch in Deutschland mehr Wettbewerb zulassen. Wir wollen keinen unerbittlichen Konkurrenzkampf. Wir wollen Wettbewerb als ein modernes Steuerungsinstrument, das Länder und Hochschulen dazu animiert, nach den besten Lösungen für ihr Bildungs- und Wissenschaftssystem zu suchen.

Die Föderalismusreform hat eine Grundlage geschaffen, auf der Bund und



Annette Schavan

Länder gemeinsam nach Lösungen suchen können. Eine der großen Herausforderungen ist der Anstieg der Studierendenzahlen. Schätzungen gehen von 2,3 Millionen Studierenden im Jahr 2013 aus. Auch anschließend werden es deutlich mehr als zwei Millionen Studierende sein. Wir müssen diese jungen Männer und Frauen spüren lassen, dass wir jeden von ihnen brauchen. Deshalb müssen wir die Qualität und Effizienz des Studiums im Zuge des Bologna-Prozesses entscheidend verbessern. Deshalb müssen wir aber auch unsere besonders begabten jungen Männer und Frauen mehr fördern. Wir dürfen diese Talente nicht länger verstecken. Nur mit ihnen hat Deutsch-

land eine Chance im internationalen Wettbewerb.

Strategische Kooperation

Dafür müssen Bund und Länder an einem Strang ziehen. Diese Föderalismusreform erlaubt Bund und Ländern erstmals eine strategische Kooperation in einem Hochschulpakt 2020. Bund und Länder werden ihn bis Ende des Jahres gemeinsam erarbeiten. Unser Ziel ist es, die Ausbildungs- und die Forschungsleistung der Hochschulen bis zum Jahr 2020 zu sichern. Im Rahmen des Hochschulpakts können wir Vorhaben fördern, die direkt die Leistungs- und Ausbildungsfähigkeit der Hochschulen und die Ausbildungschancen der Studienberechtigten erhöhen. Die neue Gemeinschaftsaufgabe für Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen ermöglicht mit der Förderung der Wissenschaft auch die Förderung der Lehre.

Der Schlüssel zur Exzellenz liegt in den Hochschulen selbst. Sie müssen ihre

Strukturen den Bedürfnissen der Zeit anpassen. Die Föderalismusreform gibt das Signal, die Hochschulen aus der staatlichen Detailsteuerung zu entlassen und ihnen mehr Autonomie einzuräumen. Der Bund wird sein Hochschulrecht auf ein Mindestmaß beschränken. Die Kompetenz für Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse behält der Bund aber. Es liegt nun an den Ländern, ihren Spielraum zu nutzen und so viel wie möglich dieser Freiheit an die Hochschulen weiterzugeben. Nur so werden die Hochschulen zu Leuchttürmen mit internationaler Strahlkraft.

Verantwortung

Die Länder haben künftig die Verantwortung für den Hochschulbau. Damit sie aber ihrem Zuwachs an Verantwortung im dringenden Interesse ihrer Hochschulen gerecht werden können, stellt der Bund Geld für die künftigen Investitionen in den Ausbau und Neubau von Hochschulen zur Verfügung. Ich erwarte von den Ländern, dass sie diese Mittel – es sind jedes Jahr insgesamt mehr als 695 Millionen Euro – zusammen mit ausrei-

chend eigenen Mitteln in den weiteren Ausbau und die Modernisierung der deutschen Hochschullandschaft investieren.

Der Bund stellt darüber hinaus ab dem kommenden Jahr jährlich 298 Millionen Euro für überregional bedeutsame Fördermaßnahmen zur Verfügung, um innovative Vorhaben von nationaler Exzellenz an den Hochschulen anzuregen und mitzufinanzieren. Auch die Länder müssen ihren Teil dazu beitragen, damit wir das von den Europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon ausgegebene Ziel, mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren, bis zum Jahr 2010 erreichen können.

Forschungsförderung

Eine zentrale Aufgabe des Bundes bleibt die Forschungsförderung. Die Bundesregierung investiert in dieser Legislaturperiode zusätzlich sechs Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung. Dass Bund und Länder bei der Förderung überregional bedeutsamer wissenschaftlicher Forschung zusammenarbeiten,

auch diese Möglichkeit bleibt mit der Föderalismusreform erhalten.

Die Schulpolitik war in der Vergangenheit Sache der Länder; sie wird es auch in Zukunft sein. Bund und Länder haben künftig die Möglichkeit, das Fundament für ergebnisorientierte Vergleichbarkeit unserer Bildungseinrichtungen zu verbessern sowie gemeinsame strategische Ziele für die Weiterentwicklung des Bildungs- und Wissenschaftssystems zu vereinbaren. Der Bund wird vor diesem Hintergrund auch seine Anstrengungen in der Bildungsforschung erhöhen. Zwar gab es auch vor der Föderalismusreform unzählige Studien und Analysen zum Bildungssystem. Diese waren in ihrer Gesamtheit aber nicht systematisch angelegt. Das wird sich jetzt ändern.

Der Beschluss des Bundestages und die Zustimmung des Bundesrates ermöglichen eine längst überfällige Neugestaltung des Bildungs- und Wissenschaftssystems. Jetzt sollten wir uns an die Arbeit machen.

Annette Schavan ist Bundesministerin für Bildung und Forschung und stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands.

Schutz vor Hobbyanwälten gewährleisten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt vom Grundsatz her, dass mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz eine gesetzliche Neuregelung des Rechtsberatungsrechts erfolgt. Das bisherige Rechtsberatungsgesetz ist mittlerweile durch eine umfangreiche Rechtsprechung der Bundesgerichte in Teilen derart modifiziert worden, dass eine Neukonzeption notwendig geworden ist.

Oberste Maxime dieser Neukonzeption des Rechtsberatungsrechts wird es sein, die hohe Qualität der Rechtsberatung in Deutschland für den rechtssuchenden Bürger zu erhalten. Von daher ist es außerordentlich begrüßenswert, dass sich die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf dazu bekennt, dass auch künftig qualifizierter und umfassender Rechtsrat nur von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten erbracht werden darf und nicht von Hobbyanwälten. Nur diese Berufsgruppe ist sowohl von ihrer Ausbildung als auch aufgrund besonderer berufsrechtlicher Anforderungen (Unabhängigkeit, Verschwiegenheits-



Jürgen Gehb

pfligt, Haftungsregeln) her in der Lage, den Erwartungen der Bürger in diesem Bereich gerecht zu werden. Es käme schließlich auch niemand auf die Idee, im OP-Saal mit einem Hobbyarzt, der eine Operation am offenen Herzen durchführen soll, konfrontiert zu werden.

Soweit aufgrund der Rechtsprechung der Bundesgerichte gewisse Öffnungen des anwaltlichen Beratungsmonopols notwendig sind, wird im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens intensiv und im konstruktiven Dialog mit den Betroffenen geprüft werden, ob die insofern gefundenen Regelungen insbesondere unter dem Aspekt der Qualitätssicherung angemessen und zielführend sind.

Jürgen Gehb ist der rechtspolitische Fraktionssprecher.

Videoüberwachung besser nutzen

Die Videoaufzeichnung im Kölner Hauptbahnhof und der dadurch ausgelöste Fahndungsdruck haben zur raschen Ergreifung des mutmaßlichen Kieler Bombenlegers geführt. Damit konnten weitere Attentate durch diese Person verhindert werden.

Nun gibt es keinen Zweifel mehr: Videoüberwachung ist nicht nur zur Strafverfolgung, sondern gerade auch zur Verhinderung von Terroranschlägen unverzichtbar.

Entscheidend ist dabei nicht allein die Überwachung, sondern – wie von der DB AG praktiziert – die Schaffung einer Auswertungsmöglichkeit durch Aufzeichnung und Speicherung des Videomaterials mit einer Speicherfrist von bis zu 48 Stunden.

Das entsprechende Kooperationsmodell der Sicherheitsbehörden mit der DB AG hat sich bewährt und muss auf andere private und öffentliche Betreiber von Videoanlagen ausgeweitet werden. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass verfügbare Daten Sicherheitsbehörden unter Hinweis auf Daten-



Hans-Peter Uhl

schutz vorenthalten werden, wie bislang in Berlin geschehen.

Wo es die öffentliche Sicherheit erfordert, müssen zusätzlich Videoüberwachungsanlagen installiert werden.

Hans-Peter Uhl ist innenpolitischer Fraktions-sprecher.

Ausstellung „Erzwungene Wege“ eine gute Visiten- karte

Die Ausstellung „Erzwungene Wege: Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ ist durch die Art ihrer Darstellung eine ausgezeichnete Visitenkarte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Sie stellt sehr abgewogen und exemplarisch die Vertreibungsschicksale von rund

einem Dutzend Volksgruppen und von Vertreibungsereignissen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihrem jeweiligen historischen Kontext dar.

Die Ausstellung straft dabei alle voreiligen Kritiker lügen, die seit Jahren versuchen, die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ in eine einseitige nationale Ecke zu drängen und die gegen die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin polemisieren.

Der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist es gelungen, eine sehr anschauliche Ausstellung zu erstellen, die der von Anfang an von der Stiftung verfolgten Konzeption folgt, die Vertreibungen in Europa aufzuarbeiten. Angefangen mit dem Völkermord an den Armeniern 1915/16, über die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bis hin zu den Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien am Ende des 20. Jahrhunderts werden diese schrecklichen historischen Ereignisse, bei denen Millionen Menschen ihr Leben und noch viele mehr ihre Heimat verloren haben, beleuchtet.

Die Ausstellung belegt abermals, wie sinnvoll und wichtig die Aufarbeitung



Jochen Konrad Fromme

der Vertreibungsgeschichten des 20. Jahrhunderts ist. Denn Vertreibungen sind keine längst überwundenen historischen Ereignisse, sondern sich in Geschichte und leider auch in der Gegenwart wiederholende Prozesse, wie man gegenwärtig im Sudan zur Kenntnis nehmen muss.

Durch diese Ausstellung zeigt sich einmal mehr, dass es richtig war und ist, dass CDU und CSU sich von Anfang an für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin eingesetzt haben. Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ beweist mit dieser Ausstellung, dass sie ein vertrauensvoller Partner in diesem Entstehungsprozess ist.

Jochen-Konrad Fromme ist der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der Bundestagsfraktion.

Nein zu weiteren Steuererhöhungsbegehren

Keine Frage, die sichere Finanzierung der Sozialsysteme wird uns in Zukunft stark belasten. Jetzt bereits wieder über eine weitere Belastung der Allgemeinheit nachzudenken, ist der falsche Weg. Es darf keine unbedachten Steuererhöhungen geben.

Vielmehr ist es angezeigt, die sich langsam erholende Konjunktur weiter zu stützen. Wir streben daher eine umfassende Unternehmenssteuerreform an. Diese soll die Unternehmen weiter entlasten, um verstärkt wieder Arbeitsplätze in Deutschland

zu sichern und die Ansiedlung von Unternehmen in Deutschland zu fördern. Eine bedenkenlose und ungeplante Steuererhöhung zu diesem Zeitpunkt kann und wird die positiven Effekte einer Unternehmenssteuerreform wieder zerstören.

Es besteht kein Zweifel – die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist von größter Bedeutung, um einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts zu leisten. Wichtig ist aber auch, dass wir die Ausgabenseite stärker und besser in den Griff bekommen.

Mit dem im September zu diskutierenden Entwurf des Haushalts 2007 sind wir auf dem besten Wege, nicht nur die im Grundgesetz festgeschriebenen Vorgaben ein-



Otto Bernhardt

zuhalten, sondern auch die Maastricht-Kriterien.

Stören wir diesen Weg der Reformen und der Konsolidierung nicht durch unnötige Diskussionen um eine Steuererhöhung!

Otto Bernhardt ist der finanzpolitische Fraktions-sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

CDU-Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden (r.) begrüßte einen Konvent aus Franziskanerinnen im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Die Ordensschwesteren betreten in direkter Nachbarschaft zur CDU-Parteizentrale das namhafte Franziskuskrankenhaus. Gemein-

sam mit Johannes von Thadden und Staatssekretär a.D. Bernhard Worms (l.) diskutierten die Ordensschwesteren über Werte und die christlichen Wurzeln der CDU.



Atomausstieg führt in Sackgasse

Angesichts steigender Energiepreise und spürbarer Klimaveränderungen werden wir in Deutschland auf absehbare Zeit nicht auf die Kernenergie verzichten können. Deutschland endet energiepolitisch in einer Sackgasse, wenn Laufzeitverlängerungen für bestehende Kernkraftwerke nicht endlich ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Auch zweifelhafte Umfragen des Bundesumweltministeriums ändern daran nichts.

Die SPD muss sich den Realitäten stellen. Wird am Kernenergieausstieg festgehalten, muss allein bis 2008 die Stromversorgung von über 7 Millionen Drei-Personen-Haushalten ersetzt werden.

Ohne längere Laufzeiten stehen wir vor der Wahl, neue fossile Kraftwerke zu bauen, was den Klimaschutzzielen zuwider läuft, oder Atomstrom aus dem Ausland zu importieren. Strom aus erneuerbaren Energien wird erst in einigen Jahren in großem Umfang zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Kurzfristig würde durch den Kernenergieaus-



Katherina Reiche

stieg jedoch der Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken vorangetrieben. Diese würden uns dann für die nächsten 30 bis 40 Jahre binden und eine Versorgungsstruktur zementieren, die den erneuerbaren Energien kaum Platz lässt.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist keine Aufforderung für ein Denkverbot. Wer Deutschland ernsthaft von Rohstoffimporten unabhängiger machen will, kann auf die Option Kernenergie nicht verzichten.

Katherina Reiche ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Mehr Transparenz bei Scoring-Verfahren

Die Bestrebungen der Schufa, zukünftig mehr Transparenz bei Scoring-Verfahren einzuführen und

damit das Verfahren zur Kreditwürdigkeit offener zu gestalten, sind aus Verbraucherschutzsicht zu begrüßen und spiegeln die Forderungen der CDU/CSU wider.

Das Scoring-Verfahren, das den Verbraucher je nach Branche anhand verschiedenster Kriterien bezüglich seiner wirtschaftlichen Kreditfähigkeit einstuft, muss für den Kunden einsehbar und nachvollziehbar sein. Nur so kann der Verbraucher seine Einstufung überprüfen und gegebenenfalls auch verbessern. Dies ist eine gute Nachricht für alle Verbraucher und der richtige Weg für ein offeneres, transparenteres System.

Auch das Zugeständnis, säumige Schuldner von geringen Beträgen zukünftig aus der Datenbank zu löschen, ist eine deutliche Verbesserung für viele Verbraucher. Voraussetzung ist, dass sie innerhalb von vier Wochen nach der Meldung an die Schufa ihre Rechnung begleichen. Mit einer Grenze von 1.000 Euro wird die Verhältnismäßigkeit zukünftig besser berücksichtigt. Für Verbraucher, die wegen längst beglichener 100 Euro Schulden jahrelang bei der Schufa vermerkt blieben und dadurch Probleme bei Kredit-



Julia Klöckner

anträgen bekamen, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Ebenso ist die angestrebte Trennung von Konditions- und Kreditabfragen bei Banken zu begrüßen. Konditionsabfragen für Bankkredite sind etwas grundsätzlich anders, als Kreditanfragen. Letztere müssen von der Bank an die Schufa weitergeleitet werden, um die Kreditwürdigkeit der Kunden zu überprüfen. Durch mehrere Konditions- und Kreditanfragen konnte sich so schon die Score-Einstufung des Kunden verschlechtern. Diese zukünftige Trennung ist sinnvoll, denn eine Abfrage allgemeiner Konditionen ist noch lange keine Kreditanfrage.

Julia Klöckner ist die Verbraucherschutzbeauftragte der Bundestagsfraktion.

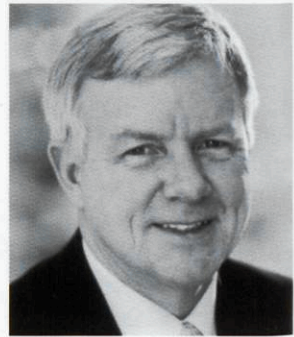
Wichtiger Meilenstein beim Bürokratieabbau

Erklärung zur Vorstellung des Methodenhandbuchs der Bundesregierung durch die Staatsministerin Hildegard Müller, Koordinatorin der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, und den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen:

Die Bundesregierung betreibt systematisch und energisch den Abbau bürokratischer Lasten. Die Messung der Bürokratielasten anhand des kürzlich offiziell vorgestellten Handbuchs ist dabei wichtiges Mittel zum Zweck.

Das Methodenhandbuch, welches eine einheitliche und verbindliche Messmethodik für bestehende und neue Bürokratiekosten festlegt, überträgt das international anerkannte Standard-Kosten-Modell auf bundesdeutsche Verhältnisse.

Die Systematik in der Messung aller Informations- und Berichtspflichten, in Zukunft auch weiterer Bürokratiepflichten, ist vorteilhafter als alle früheren Ansätze zum Bürokratieabbau. In drei klaren Schritten – Identifizierung der Bü-



Michael Fuchs

rokratiepflichten, Priorisierung und exakte Kostenermittlung derselben – wird zum ersten Mal eine Gesamterfassung möglich.

Die Bundesregierung wird anhand der so erzielten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes die politische Entscheidung über den Nutzen einzelner Rechtsnormen treffen.

Mit diesem klaren Verfahren, künftig anhand von Kosten exakt die Notwendigkeit von Wirtschaft und Bürger belastenden Regelungen bestimmen zu können, ist Deutschland einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Europäische Nachbarländer sind uns hier bereits Vorbild.

In wenigen Tagen treten das Gesetz zum Nationalen Normenkontrollrat und das Erste Mittelstandsentlastungs-Gesetz in Kraft; das zweite Mittelstandsentlastungsgesetz wird zur Zeit

vorbereitet. Der Abbau der Bürokratie, des wesentlichen Hemmnisses für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land – genießt somit hohe Priorität.

Bürokratieabbau ist bei dieser Bundesregierung in guten Händen.

Michael Fuchs ist Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der Bundestagsfraktion.



Klaus Riegert

Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Darüber hinaus werden Anreize gegeben, über körperliche Aktivitäten zu einer positiveren Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes zu kommen und zu einem gesunden Lebensstil zu finden. Die Krankenkassen sollten noch stärker als bisher mit den Vereinen kooperieren, deren Strukturen nutzen und den Ausbau der gesundheitsorientierten Angebote fördern. Studien belegen: Jeder in körperliche Bewegung investierte Euro entlastet den Arbeits- und Gesundheitsbereich von Kosten in Höhe von 2 – 5 Euro.

Sportvereine stärken durch diese Angebote die Eigenverantwortung des Menschen für seine körperliche Fitness und sein gesundheitliches Wohlbefinden. Wir sollten diese Eigenverantwortung durch eine effiziente Nutzung vorhan-

dener Strukturen des Sports nutzen und ausbauen. Prävention wirkt durch Einsicht, nicht durch Verordnung.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Fraktions-sprecher.

Sport fördert Prävention

Der Sport und seine Vereine sind auf unbürokratische Weise ausgezeichnete Dienstleister in gesundheitlicher Prävention. Das vom Deutschen Olympischen Sportbund herausgegebene Qualitätsmanagement-Handbuch „SPORT PRO GESUNDHEIT“ stellt die Bedeutung von über 7000 Vereinen mit mehr als 14000 sportlichen Angeboten für gesundheitliche Prävention heraus.

In Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer sind Programme erarbeitet worden, deren Qualität durch das Gütesiegel SPORT PRO GESUNDHEIT gesichert ist. Ziele dieser Angebote sind u. a. die Stärkung des Bewegungsapparates und das Vorbeugen gegen

Aktuell stehen auf der Homepage der Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de folgende Eckpunkte-Papiere zum Download bereit

- Eckpunkte zu einer Gesundheits-Reform 2006 (PDF, 55 S.)
- Eckpunkte zur Unternehmen-Steuerreform (PDF, 3 S.)
- Materialien zur Föderalismusreform (Reden, Gesetzentwürfe, Beschlüsse etc.)
- Übersicht über die wesentlichen Punkte der Föderalismus-Reform (PDF, 6 S.)
- Positionspapier Für einen Nationalen Aktionsplan Integration (PDF, 4 S.)



Die Schule hat begonnen!



Buntstifte mit Komfortgriff

Die dreieckige Schaftform ist speziell auch für kleine Kinder – für einen besseren Halt – entwickelt worden.

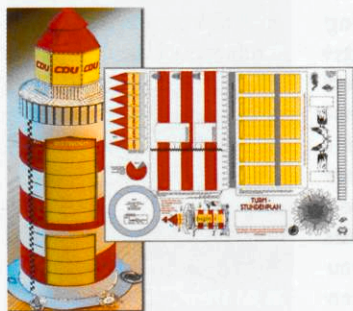
CDU-Buntstifte

intensive Farbkraft, bruch-, wisch- und wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 21,50 €**

inkl. MwSt.: 24,90 €



Bastelbogen mit Stundenplan als Leuchtturm

Bestell-Nummer: **9745**

Preis je **25 Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €

Neu!



CDU-Stundenplan 2006

Bestell-Nummer: **9258**

Preis je **200 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 21,45 €

Luftballon „Smilie“
in zwei verschiedenen Farben
(Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**
Preis je **100 Stück: 13,00 €**
inkl. MwSt.: 15,08 €



Neuer Preis!

Luftballon-Schnellverschluss
inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**
Preis je **100 Stück: 4,90 €**
inkl. MwSt.: 5,68 €

Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**
Preis je **500 Stück: 14,00 €**
inkl. MwSt.: 16,24 €

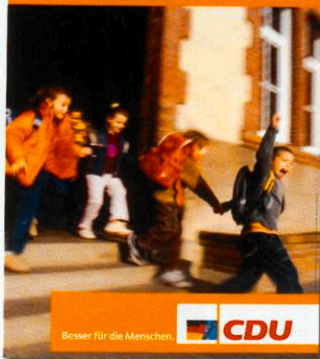
**Luftballon
Zubehör**

Schulplakat
„Vorsicht! Schule hat begonnen.“

DIN A1
Bestell-Nummer: **7317**
Preis je **50 Stück: 22,00 €**
inkl. MwSt.: 25,52 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **7316**
Preis je **50 Stück: 40,00 €**
inkl. MwSt.: 46,40 €

**Vorsicht!
Schule hat begonnen.**



Bestellung für Plakate direkt an die Bundesgeschäftsstelle

Per Fax: **030-22070-389**
Per Mail: **bestellung@cdu.de**



Reflektoren „Smilie“

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je **25 Stück: 22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €



Vitaminbonbons

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**

Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**

inkl. MwSt.: 8,56 €



Vitaminbonbon – Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas
im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis **3 kg + Glas: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



Freshmint-Tütchen

2 Freshmints (Dragees) in einem Tütchen, zuckerfrei

Bestell-Nummer: **9110**

Preis je **200 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €

Neu!

CDU-Papiertischdecke in Orange

50 m x 1,00 m

Bestell-Nummer: **9059**

Preis je **Rolle: 15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



Neuer Preis!

Ordnerarmbinden

neue Verpackungsmenge!

Bestell-Nummer: **0301**

Preis je **25 Stück: 20,50 €**

inkl. MwSt.: 23,78 €

Ordner

CDU Sonnenschirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €



Neuer Preis!

Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**

Preis je **Stück: 8,50 €**

inkl. MwSt.: 9,86 €

Aktions|Zeitung. Christlicher Anzeiger

Besser für die Menschen.



„Wir sollten mehr an unsere Fähigkeiten glauben.“



Ina Kr. Meyer, Mitglied im Bundesvorstand der Bundespartei der CDU, ist eine erfolgreiche Managerin, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Sie fordert mehr Verantwortung der Arbeitnehmer und eine Stärkung der sozialen Normen. In der Interviewerinterview spricht sie über die Bedeutung von Verantwortung und die Herausforderungen der Wirtschaft. Sie betont die Wichtigkeit von Führungskräften, die Verantwortung zu übernehmen und ihre Mitarbeiter zu unterstützen.

Interview mit Bundesvorsitzende Ina Kr. Meyer

Die Ina Kr. Meyer, Mitglied im Bundesvorstand der Bundespartei der CDU, ist eine erfolgreiche Managerin, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Sie fordert mehr Verantwortung der Arbeitnehmer und eine Stärkung der sozialen Normen. In der Interviewerinterview spricht sie über die Bedeutung von Verantwortung und die Herausforderungen der Wirtschaft. Sie betont die Wichtigkeit von Führungskräften, die Verantwortung zu übernehmen und ihre Mitarbeiter zu unterstützen.



Das Elterngeld kommt!

Das Elterngeld ist eine wichtige Maßnahme der Bundesregierung, um Eltern bei der Kinderbetreuung zu unterstützen. Es ermöglicht Eltern, ein bis drei Jahre während der ersten beiden Lebensjahre ihres Kindes das Elterngeld zu erhalten. Die Höhe des Elterngelds richtet sich nach dem Einkommen der Eltern. Die Bundesregierung hat das Elterngeld durch den Erlass der Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beschlossen.



Beitrag	Preis
Beitrag	1,00 €
Beitrag	1,00 €
Beitrag	1,00 €
Beitrag	1,00 €
Beitrag	1,00 €
Beitrag	1,00 €

Tempo in Thüringen



Tempo in Thüringen ist ein Projekt, das darauf abzielt, den öffentlichen Verkehr in Thüringen zu verbessern. Es umfasst die Einführung von Tempo-Linien und die Optimierung der Fahrpläne. Die Bundesregierung unterstützt das Projekt mit finanziellen Mitteln. Die Thüringer Landesregierung hat das Projekt als eines der wichtigsten Vorhaben für den öffentlichen Verkehr in Thüringen bezeichnet.

Schulungsstellen sind noch frei

Schulungsstellen sind noch frei. Die Bundesregierung hat eine Initiative gestartet, um junge Menschen bei der Suche nach Ausbildungsstellen zu unterstützen. Die Initiative umfasst die Bereitstellung von Informationen über freie Stellen und die Unterstützung bei der Bewerbung. Die Bundesregierung hat die Initiative als einen wichtigen Bestandteil ihrer Politik zur Förderung der Jugendberufshilfe bezeichnet.



Die Union handelt - wir kommen voran. Dies ist das Motto der CDU, das die Zusammengehörigkeit und die Stärke der Union betont. Die CDU hat sich verpflichtet, für die Interessen der Bürger einzutreten und für ein besseres Leben zu kämpfen. Die CDU hat die Verantwortung übernommen, die Politik zu gestalten, die den Interessen der Bürger am besten entspricht.

**Aktionszeitung
Ausgabe II/2006**

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je **250 Stück: 18,50 €**
inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
E-Mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

**Nutzen Sie auch unseren
E-Shop unter
www.cdunet.de**